

Bebauungsplan "Hirschauer Strasse, Teil II" M. 1:500

0 10 20 30 40

MI GH = max. siehe
Planentwurf
0,6 -
- 0

DN 0 - 10'

MI GH = max. siehe
Planentwurf
0,6 -
- 0

DN 0 - 10'

MI GH = max. siehe
Planentwurf
0,6 -
- 0

DN 0 - 10'

Die Übereinstimmung der Planunterlagen mit dem Liegenschaftskataster im
Sinn von § 1 Abs. 2 Planzeichenverordnung (PlanZVO) wird bescheinigt.
Tübingen, 14. 11. 2022

Stadtvermessungsamt
Mayer
Stadtvermessungsleiter

Achtung:
Alle Höhenangaben sind Tübinger Höhen

ZEICHENERKLÄRUNG



Mischgebiet

Nutzungsschablone

Baugebiet	Gebäudehöhe
Grundflächenzahl	-
-	Bauweise

Dachneigung

üNN max.zulässige Gebäudehöhe in Meter über Meereshöhe

o offene Bauweise

zulässig sind nur Hausgruppen

a abweichende Bauweise

Baugrenze

öffentliche Verkehrsfläche

Cs Carsharing Stellplätze

Grünflächen

Spielplatz

Wasserfläche

Umgrenzung von Flächen für den Hochwasserschutz

Umgrenzung von Flächen mit Pflanzgeboten

Pflanzgebot für Bäume

Erhalt von Bäumen

Umgrenzung von Dachflächen mit Begrünung

Flächen für Stellplätze

St Stellplätze

Ga / Ca Garagen / Carport

Altablagerung "Rappenberg"

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches

Textliche Festsetzungen

A. BAUPLANRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Aufgrund von § 14 der Landesbauordnung (LBO) für Baden-Württemberg vom 08.06.1995 (GBl. S. 617) zuletzt geändert am 19.12.2000 (GBl. S. 780) werden folgende örtliche Bauvorschriften zusammen mit dem Bebauungsplan als selbstständige Satzung aufgestellt:

1. Dachgestaltung
(1) Für die zulässige Dachneigung sind die Eintragungen im zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes verbindlich.
(2) Bei Pultdächern sind Dachaufbauten nicht zulässig.

2. Fassadengestaltung
Fluoreszierende Materialien und ungebrochene Farbteile sind nicht zulässig.

3. Außengestaltung
(1) Abgrenzung zum Zwecke der Beleuchtung von Räumen in Untergeschossen sind nicht zulässig.
(2) Auf den unbenutzten Flächen der Baugrundstücke ist nur ein Versäulungsvorhang von höchstens 25 m zulässig.

(3) Die Vorhangflächen zwischen Baugrenzen und öffentlichen Wegen sind mindestens zu 50 % als Grünfläche anzulegen oder gärtnerisch zu gestalten und zu unterhalten.

4. Werbeanlagen
(1) Werbeanlagen an Gebäudefassaden sind nur im Erdgeschoss zulässig. Auf Dächern sind Werbeanlagen nicht zulässig.
(2) Lauflicht- und Wechselanlagen sowie Laserwerbung sind nicht zulässig.

(3) Anlagen, die zum Anschlag von Plakaten oder anderen werbewirksamen Einrichtungen bestimmt sind, sind nicht zulässig. Ausnahmen können zugelassen werden für Werbeanlagen in Säulenform.

5. Einfriedungen
Einfriedungen sind nur entlang der Hausgrenzen als Hecken oder bewerkte Zäune bis zu einer Höhe von 1,20 m zulässig. Entlang der Rappenberghalde und der Hirschauer Straße sind Einfriedungen nicht zulässig. In Verlängerung der Hausflächen, zurückgesetzt vom öffentlichen Raum, sind Einfriedungen zulässig.

C. HINWEISE
1. Die Kellergeschosse der Gebäude können nicht im Freisiegelgefälle entwässert werden. Werden Entwässerungsanlagen installiert, ist eine Regenrinne erforderlich.

2. Wegen des Grundwasserstandes müssen bautechnische Vorkehrungen, insbesondere die Ausbildung einer weiten Vianne getroffen werden. Eine Grundwasserberührung wird von der Baurechtsbehörde nicht zugelassen.

3. Auf die Pflanzentafel des Grünordnungsplans vom 15.05.02 wird hingewiesen.

4. Im Bereich des Pflanzgebietes befindet sich die Altablagerung "Rappenberg". Die Altablagerung wurde technisch erkundet. Von den im Unterdorf festgestellten leicht erhöhten Gehäusen an einzelnen Schuttbergen geht keine Gefährdung aus. Diese Beseitigungen sind jedoch im Hinblick auf eine ordnungsgemäße Entsorgung im Rahmen der vorgesehenen Baumaßnahmen zu beachten. Bei Baumaßnahmen, Aushub und Bodenumlagerungen ist daher das Landesamt Umweltamt zu beteiligen.

5. Das Baugbiet des Bebauungsplanes "Hirschauer Straße, Teil II" liegt "vis a vis" des Freibadgeländes und des Festplatzgeländes. Die zulässigen Werte nach der Sportanlagenrichtlinienverordnung und der Freizeitanlagenrichtlinien werden geringfügig überschritten. Auf die Ausführungen in der Begründung vom 22.02.02 wird hingewiesen.

6. Hürten der Gebäude
Die Erdgeschossfußbodenhöhe (EFH) der Gebäude darf höchstens 0,30 m über der Höhenlage der zugeordneten öffentlichen Verkehrsfläche liegen. Hieran ausgenommen kann die Erdgeschossfußbodenhöhe (EFH) der Gebäude entlang der Rappenberghalde höchstens 0,70 m über der Höhenlage der zugeordneten öffentlichen Verkehrsfläche liegen.

7. Garagen und Stellplätze
(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)
Stellplätze, Carports und Garagen sind nur auf den dafür festgesetzten Flächen zulässig.

8. Öffentliche Grünflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
Auf der öffentlichen Grünfläche sind nur untergeordnete bauliche Anlagen zulässig, die mit ihrer Zweckbestimmung vereinbar sind.

9. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
(1) Die im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans gekennzeichneten Gebäude oder Gebäudeanteile sind mit einer mindestens externen Dachbegrünung mit einem Mindestaufbau von 6 cm auszustatten. Dies gilt nicht im Bereich von Solaranlagen.
(2) Soweit keine durchgehenden Baumscheiben angelegt werden, müssen einzelne Baumscheiben eine Größe von mindestens 6 m² mit seitlichen Auflagen aufweisen.

(3) Öffentliche Stellplätze, Zufahrten und Zuwegungen sind mit dauerhaft wasserundurchlässigen Belägen auszustatten. Davon ausgenommen sind Hauszufahrten bis zu einer Breite von 1,5 m und befestigte Flächen bis zu einer Grundfläche von 25 m².

10. Pflanzgebot
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
(1) Auf den im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans festgesetzten Standorten sind standortgemäße Gehölze (Bäume und Sträucher) zu pflanzen. Die zu pflanzenden Bäume müssen 3 mal verpflanzt und einen Mindeststammumfang von 18 - 20 cm haben. Die Qualität der Pflanzen muss den Bestimmungen des Bundes deutscher Baumschulen und der DIN 18916 (Vegetationstechnik: Pflanzen und Pflanzenteile) entsprechen. Eine Abweichung von diesen Standorten kann bis zu 5 m aus funktionalen Gründen zugelassen werden.
(2) Nadelgehölze sind nicht zulässig.

(3) Die mit Pflanzgebot belegten Gehölze sind bei Abgang artgerecht und der Qualität nach Abs. 1 entsprechend zu ersetzen.

11. Pflanzhaltungsgesetze
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
Die mit Pflanzhaltungsgesetz belegten Gehölze sind artgerecht zu pflegen und zu erhalten. Bäume sind beim Abgang artgerecht, mit einem Mindeststammumfang von 18 - 20 cm zu ersetzen. Die Qualität der Pflanzen muss Ziff. 10 Abs. 1 entsprechen.

12. Verbot von Feuerwerk
(§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB)
Die Verbrennung von Scherz-, Axt-, Azulen sowie von nicht luftgetrocknetem Holz als Brennstoff ist nicht zulässig. Dasselbe gilt für die Verbrennung von Abfällen zum Zwecke der Beseitigung.

13. Immissionsschutz
(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
Die Außenräume innerhalb von Wohngebäuden sind mit einer schallmindernden, kontrollierten Fassade oder einer anderen technisch gleichwertigen Lösung auszustatten, so dass eine Lüftung der Räume über das Öffnen von Außenfenstern eintritt.

B. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN
Aufgrund von § 14 der Landesbauordnung (LBO) für Baden-Württemberg vom 08.06.1995 (GBl. S. 617) zuletzt geändert am 19.12.2000 (GBl. S. 780) werden folgende örtliche Bauvorschriften zusammen mit dem Bebauungsplan als selbstständige Satzung aufgestellt:

1. Dachgestaltung
(1) Für die zulässige Dachneigung sind die Eintragungen im zeichnerischen Teil des Bebauungsplanes verbindlich.
(2) Bei Pultdächern sind Dachaufbauten nicht zulässig.

2. Fassadengestaltung
Fluoreszierende Materialien und ungebrochene Farbteile sind nicht zulässig.

3. Außengestaltung
(1) Abgrenzung zum Zwecke der Beleuchtung von Räumen in Untergeschossen sind nicht zulässig.
(2) Auf den unbenutzten Flächen der Baugrundstücke ist nur ein Versäulungsvorhang von höchstens 25 m zulässig.

(3) Die Vorhangflächen zwischen Baugrenzen und öffentlichen Wegen sind mindestens zu 50 % als Grünfläche anzulegen oder gärtnerisch zu gestalten und zu unterhalten.

4. Werbeanlagen
(1) Werbeanlagen an Gebäudefassaden sind nur im Erdgeschoss zulässig. Auf Dächern sind Werbeanlagen nicht zulässig.
(2) Lauflicht- und Wechselanlagen sowie Laserwerbung sind nicht zulässig.

(3) Anlagen, die zum Anschlag von Plakaten oder anderen werbewirksamen Einrichtungen bestimmt sind, sind nicht zulässig. Ausnahmen können zugelassen werden für Werbeanlagen in Säulenform.

5. Einfriedungen
Einfriedungen sind nur entlang der Hausgrenzen als Hecken oder bewerkte Zäune bis zu einer Höhe von 1,20 m zulässig. Entlang der Rappenberghalde und der Hirschauer Straße sind Einfriedungen nicht zulässig. In Verlängerung der Hausflächen, zurückgesetzt vom öffentlichen Raum, sind Einfriedungen zulässig.

C. HINWEISE
1. Die Kellergeschosse der Gebäude können nicht im Freisiegelgefälle entwässert werden. Werden Entwässerungsanlagen installiert, ist eine Regenrinne erforderlich.

2. Wegen des Grundwasserstandes müssen bautechnische Vorkehrungen, insbesondere die Ausbildung einer weiten Vianne getroffen werden. Eine Grundwasserberührung wird von der Baurechtsbehörde nicht zugelassen.

3. Auf die Pflanzentafel des Grünordnungsplans vom 15.05.02 wird hingewiesen.

4. Im Bereich des Pflanzgebietes befindet sich die Altablagerung "Rappenberg". Die Altablagerung wurde technisch erkundet. Von den im Unterdorf festgestellten leicht erhöhten Gehäusen an einzelnen Schuttbergen geht keine Gefährdung aus. Diese Beseitigungen sind jedoch im Hinblick auf eine ordnungsgemäße Entsorgung im Rahmen der vorgesehenen Baumaßnahmen zu beachten. Bei Baumaßnahmen, Aushub und Bodenumlagerungen ist daher das Landesamt Umweltamt zu beteiligen.

5. Das Baugbiet des Bebauungsplanes "Hirschauer Straße, Teil II" liegt "vis a vis" des Freibadgeländes und des Festplatzgeländes. Die zulässigen Werte nach der Sportanlagenrichtlinienverordnung und der Freizeitanlagenrichtlinien werden geringfügig überschritten. Auf die Ausführungen in der Begründung vom 22.02.02 wird hingewiesen.

6. Hürten der Gebäude
Die Erdgeschossfußbodenhöhe (EFH) der Gebäude darf höchstens 0,30 m über der Höhenlage der zugeordneten öffentlichen Verkehrsfläche liegen. Hieran ausgenommen kann die Erdgeschossfußbodenhöhe (EFH) der Gebäude entlang der Rappenberghalde höchstens 0,70 m über der Höhenlage der zugeordneten öffentlichen Verkehrsfläche liegen.

7. Garagen und Stellplätze
(§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)
Stellplätze, Carports und Garagen sind nur auf den dafür festgesetzten Flächen zulässig.

8. Öffentliche Grünflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)
Auf der öffentlichen Grünfläche sind nur untergeordnete bauliche Anlagen zulässig, die mit ihrer Zweckbestimmung vereinbar sind.

9. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)
(1) Die im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans gekennzeichneten Gebäude oder Gebäudeanteile sind mit einer mindestens externen Dachbegrünung mit einem Mindestaufbau von 6 cm auszustatten. Dies gilt nicht im Bereich von Solaranlagen.
(2) Soweit keine durchgehenden Baumscheiben angelegt werden, müssen einzelne Baumscheiben eine Größe von mindestens 6 m² mit seitlichen Auflagen aufweisen.

(3) Öffentliche Stellplätze, Zufahrten und Zuwegungen sind mit dauerhaft wasserundurchlässigen Belägen auszustatten. Davon ausgenommen sind Hauszufahrten bis zu einer Breite von 1,5 m und befestigte Flächen bis zu einer Grundfläche von 25 m².

10. Pflanzgebot
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
(1) Auf den im zeichnerischen Teil des Bebauungsplans festgesetzten Standorten sind standortgemäße Gehölze (Bäume und Sträucher) zu pflanzen. Die zu pflanzenden Bäume müssen 3 mal verpflanzt und einen Mindeststammumfang von 18 - 20 cm haben. Die Qualität der Pflanzen muss den Bestimmungen des Bundes deutscher Baumschulen und der DIN 18916 (Vegetationstechnik: Pflanzen und Pflanzenteile) entsprechen. Eine Abweichung von diesen Standorten kann bis zu 5 m aus funktionalen Gründen zugelassen werden.
(2) Nadelgehölze sind nicht zulässig.

(3) Die mit Pflanzgebot belegten Gehölze sind bei Abgang artgerecht und der Qualität nach Abs. 1 entsprechend zu ersetzen.

11. Pflanzhaltungsgesetze
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
Die mit Pflanzhaltungsgesetz belegten Gehölze sind artgerecht zu pflegen und zu erhalten. Bäume sind beim Abgang artgerecht, mit einem Mindeststammumfang von 18 - 20 cm zu ersetzen. Die Qualität der Pflanzen muss Ziff. 10 Abs. 1 entsprechen.

12. Verbot von Feuerwerk
(§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB)
Die Verbrennung von Scherz-, Axt-, Azulen sowie von nicht luftgetrocknetem Holz als Brennstoff ist nicht zulässig. Dasselbe gilt für die Verbrennung von Abfällen zum Zwecke der Beseitigung.

13. Immissionsschutz
(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
Die Außenräume innerhalb von Wohngebäuden sind mit einer schallmindernden, kontrollierten Fassade oder einer anderen technisch gleichwertigen Lösung auszustatten, so dass eine Lüftung der Räume über das Öffnen von Außenfenstern eintritt.

14. Pflanzhaltungsgesetze
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
Die mit Pflanzhaltungsgesetz belegten Gehölze sind artgerecht zu pflegen und zu erhalten. Bäume sind beim Abgang artgerecht, mit einem Mindeststammumfang von 18 - 20 cm zu ersetzen. Die Qualität der Pflanzen muss Ziff. 10 Abs. 1 entsprechen.

15. Verbot von Feuerwerk
(§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB)
Die Verbrennung von Scherz-, Axt-, Azulen sowie von nicht luftgetrocknetem Holz als Brennstoff ist nicht zulässig. Dasselbe gilt für die Verbrennung von Abfällen zum Zwecke der Beseitigung.

16. Immissionsschutz
(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
Die Außenräume innerhalb von Wohngebäuden sind mit einer schallmindernden, kontrollierten Fassade oder einer anderen technisch gleichwertigen Lösung auszustatten, so dass eine Lüftung der Räume über das Öffnen von Außenfenstern eintritt.

17. Pflanzhaltungsgesetze
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
Die mit Pflanzhaltungsgesetz belegten Gehölze sind artgerecht zu pflegen und zu erhalten. Bäume sind beim Abgang artgerecht, mit einem Mindeststammumfang von 18 - 20 cm zu ersetzen. Die Qualität der Pflanzen muss Ziff. 10 Abs. 1 entsprechen.

18. Verbot von Feuerwerk
(§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB)
Die Verbrennung von Scherz-, Axt-, Azulen sowie von nicht luftgetrocknetem Holz als Brennstoff ist nicht zulässig. Dasselbe gilt für die Verbrennung von Abfällen zum Zwecke der Beseitigung.

19. Immissionsschutz
(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
Die Außenräume innerhalb von Wohngebäuden sind mit einer schallmindernden, kontrollierten Fassade oder einer anderen technisch gleichwertigen Lösung auszustatten, so dass eine Lüftung der Räume über das Öffnen von Außenfenstern eintritt.

20. Pflanzhaltungsgesetze
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
Die mit Pflanzhaltungsgesetz belegten Gehölze sind artgerecht zu pflegen und zu erhalten. Bäume sind beim Abgang artgerecht, mit einem Mindeststammumfang von 18 - 20 cm zu ersetzen. Die Qualität der Pflanzen muss Ziff. 10 Abs. 1 entsprechen.

21. Verbot von Feuerwerk
(§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB)
Die Verbrennung von Scherz-, Axt-, Azulen sowie von nicht luftgetrocknetem Holz als Brennstoff ist nicht zulässig. Dasselbe gilt für die Verbrennung von Abfällen zum Zwecke der Beseitigung.

22. Immissionsschutz
(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
Die Außenräume innerhalb von Wohngebäuden sind mit einer schallmindernden, kontrollierten Fassade oder einer anderen technisch gleichwertigen Lösung auszustatten, so dass eine Lüftung der Räume über das Öffnen von Außenfenstern eintritt.

23. Pflanzhaltungsgesetze
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
Die mit Pflanzhaltungsgesetz belegten Gehölze sind artgerecht zu pflegen und zu erhalten. Bäume sind beim Abgang artgerecht, mit einem Mindeststammumfang von 18 - 20 cm zu ersetzen. Die Qualität der Pflanzen muss Ziff. 10 Abs. 1 entsprechen.

24. Verbot von Feuerwerk
(§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB)
Die Verbrennung von Scherz-, Axt-, Azulen sowie von nicht luftgetrocknetem Holz als Brennstoff ist nicht zulässig. Dasselbe gilt für die Verbrennung von Abfällen zum Zwecke der Beseitigung.

25. Immissionsschutz
(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
Die Außenräume innerhalb von Wohngebäuden sind mit einer schallmindernden, kontrollierten Fassade oder einer anderen technisch gleichwertigen Lösung auszustatten, so dass eine Lüftung der Räume über das Öffnen von Außenfenstern eintritt.

26. Pflanzhaltungsgesetze
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
Die mit Pflanzhaltungsgesetz belegten Gehölze sind artgerecht zu pflegen und zu erhalten. Bäume sind beim Abgang artgerecht, mit einem Mindeststammumfang von 18 - 20 cm zu ersetzen. Die Qualität der Pflanzen muss Ziff. 10 Abs. 1 entsprechen.

27. Verbot von Feuerwerk
(§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB)
Die Verbrennung von Scherz-, Axt-, Azulen sowie von nicht luftgetrocknetem Holz als Brennstoff ist nicht zulässig. Dasselbe gilt für die Verbrennung von Abfällen zum Zwecke der Beseitigung.

28. Immissionsschutz
(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
Die Außenräume innerhalb von Wohngebäuden sind mit einer schallmindernden, kontrollierten Fassade oder einer anderen technisch gleichwertigen Lösung auszustatten, so dass eine Lüftung der Räume über das Öffnen von Außenfenstern eintritt.

29. Pflanzhaltungsgesetze
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
Die mit Pflanzhaltungsgesetz belegten Gehölze sind artgerecht zu pflegen und zu erhalten. Bäume sind beim Abgang artgerecht, mit einem Mindeststammumfang von 18 - 20 cm zu ersetzen. Die Qualität der Pflanzen muss Ziff. 10 Abs. 1 entsprechen.

30. Verbot von Feuerwerk
(§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB)
Die Verbrennung von Scherz-, Axt-, Azulen sowie von nicht luftgetrocknetem Holz als Brennstoff ist nicht zulässig. Dasselbe gilt für die Verbrennung von Abfällen zum Zwecke der Beseitigung.

31. Immissionsschutz
(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
Die Außenräume innerhalb von Wohngebäuden sind mit einer schallmindernden, kontrollierten Fassade oder einer anderen technisch gleichwertigen Lösung auszustatten, so dass eine Lüftung der Räume über das Öffnen von Außenfenstern eintritt.

32. Pflanzhaltungsgesetze
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
Die mit Pflanzhaltungsgesetz belegten Gehölze sind artgerecht zu pflegen und zu erhalten. Bäume sind beim Abgang artgerecht, mit einem Mindeststammumfang von 18 - 20 cm zu ersetzen. Die Qualität der Pflanzen muss Ziff. 10 Abs. 1 entsprechen.

33. Verbot von Feuerwerk
(§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB)
Die Verbrennung von Scherz-, Axt-, Azulen sowie von nicht luftgetrocknetem Holz als Brennstoff ist nicht zulässig. Dasselbe gilt für die Verbrennung von Abfällen zum Zwecke der Beseitigung.

34. Immissionsschutz
(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
Die Außenräume innerhalb von Wohngebäuden sind mit einer schallmindernden, kontrollierten Fassade oder einer anderen technisch gleichwertigen Lösung auszustatten, so dass eine Lüftung der Räume über das Öffnen von Außenfenstern eintritt.

35. Pflanzhaltungsgesetze
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
Die mit Pflanzhaltungsgesetz belegten Gehölze sind artgerecht zu pflegen und zu erhalten. Bäume sind beim Abgang artgerecht, mit einem Mindeststammumfang von 18 - 20 cm zu ersetzen. Die Qualität der Pflanzen muss Ziff. 10 Abs. 1 entsprechen.

36. Verbot von Feuerwerk
(§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB)
Die Verbrennung von Scherz-, Axt-, Azulen sowie von nicht luftgetrocknetem Holz als Brennstoff ist nicht zulässig. Dasselbe gilt für die Verbrennung von Abfällen zum Zwecke der Beseitigung.

37. Immissionsschutz
(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
Die Außenräume innerhalb von Wohngebäuden sind mit einer schallmindernden, kontrollierten Fassade oder einer anderen technisch gleichwertigen Lösung auszustatten, so dass eine Lüftung der Räume über das Öffnen von Außenfenstern eintritt.

38. Pflanzhaltungsgesetze
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)
Die mit Pflanzhaltungsgesetz belegten Gehölze sind artgerecht zu pflegen und zu erhalten. Bäume sind beim Abgang artgerecht, mit einem Mindeststammumfang von 18 - 20 cm zu ersetzen. Die Qualität der Pflanzen muss Ziff. 10 Abs. 1 entsprechen.

39. Verbot von Feuerwerk
(§ 9 Abs. 1 Nr. 23 BauGB)
Die Verbrennung von Scherz-, Axt-, Azulen sowie von nicht luftgetrocknetem Holz als Brennstoff ist nicht zulässig. Dasselbe gilt für die Verbrennung von Abfällen zum Zwecke der Beseitigung.

40. Immissionsschutz
(§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
Die Außenräume innerhalb von Wohngebäuden sind mit einer schallmindernden, kontrollierten Fassade oder einer anderen technisch gleichwertigen Lösung auszustatten, so dass eine Lüftung der Räume über das Öffnen von Außenfenstern eintritt.